

DWS-Symposium 2014

# Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?



DWS-Schriftenreihe Nr. 30

# Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?

**DWS-Symposium 2014**

**Herausgegeben vom  
Deutschen wissenschaftlichen Institut  
der Steuerberater e.V.**



Deutsches wissenschaftliches  
**INSTITUT** der Steuerberater e.V.



**VERLAG** des wissenschaftlichen  
Instituts der Steuerberater GmbH

**Titel:** Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?

**Herausgeber:** Deutsches wissenschaftliches Institut der Steuerberater e.V.

**Redaktion:** RA Dr. Jan Hahlweg

**Verlag:** Verlag des wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater GmbH  
Behrenstr. 42  
10117 Berlin  
Tel.: 030 / 28 88 56 6  
Fax: 030 / 28 88 56 70  
Internet: [www.dws-verlag.de](http://www.dws-verlag.de)  
E-Mail: [info@dws-verlag.de](mailto:info@dws-verlag.de)

**Gesamtherstellung:** DCM Druck Center Meckenheim GmbH,  
[www.druckcenter.de](http://www.druckcenter.de)

**ISBN:** 978-3-933911-76-6

1. Auflage März 2015

Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind dem Verlag vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

## Vorwort

Das DWS-Symposium 2014 hat mit der „Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?“ ein zukunftsweisendes Thema gewählt. Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, einem verfahrensrechtlichen Thema solch eine Aufmerksamkeit zu schenken; allerdings hat das Symposium gezeigt, welche herausragende praktische Bedeutung diese Frage sowohl für die Steuerpflichtigen als auch für die Steuerberater hat.

Es geht um nichts Geringeres als um die Neustrukturierung des steuerlichen Veranlagungsverfahrens. Damit einher stellen sich Fragen nach den materiellen Konsequenzen und nicht zuletzt danach, was Steuerpflichtige und Steuerberater von der Selbstveranlagung haben.

Die Finanzverwaltung verknüpft die Diskussion um die Selbstveranlagung mit der Einführung oder Erweiterung von Risikomanagementsystemen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die sich vermindernden Personalressourcen. Im Ergebnis darf es jedoch nicht zu einer Abkehr von unserem bisherigen Verständnis der Verantwortlichkeiten im Besteuerungsverfahren kommen.

Bislang hat die Finanzverwaltung – quasi als Herrin des Verfahrens – den Sachverhalt von Amts wegen aufzuklären, wobei der Steuerpflichtige zur umfassenden Mitwirkung verpflichtet ist. Dieses ausgewogene und erprobte System erlaubt es dem Steuerpflichtigen schon in seinen Erklärungen, wenn nötig, eine von der Finanzverwaltung abweichende, aber gesetzeskonforme Rechtsauffassung zu vertreten. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Auch der Inhalt des Wortes „Selbstveranlagung“ ist im Rahmen der Diskussion klärungsbedürftig. Sollte hiermit die Verlagerung der Verantwortung von der Finanzverwaltung auf den Steuerpflichtigen gemeint sein, kann sich der Berufsstand der Steuerberater hiermit nicht identifizieren und lehnt dies ab. Ist aber unter Selbstveranlagung lediglich zu verstehen, dass die Höhe der Steuern von den Steuerpflichtigen selber errechnet und abgeführt wird, wäre das aus unserer Sicht ein diskutabler Weg.

Wir danken Prof. Dr. Roman Seer für seinen Impulsvortrag und Prof. Dr. Heinz-Jürgen Pezzer für die Moderation des Podiums.

Dr. Horst Vinken  
Vorstandsvorsitzender  
des Deutschen wissenschaftlichen  
Instituts der Steuerberater e.V.

Nora Schmidt-Kessler  
Geschäftsführerin  
des Deutschen wissenschaftlichen  
Instituts der Steuerberater e.V.

# Inhalt

VORWORT .....	3
SELBSTVERANLAGUNG – WEGFALL DES AMTSERMITTLUNGSGRUNDSATZES? .....	7
I. Impulsreferat Prof. Dr. Roman Seer .....	7
1. Hoheitliche Veranlagung versus Selbstveranlagung .....	7
2. Paradigmenwechsel: Wandel der hoheitlichen Besteuerung zum Akt kontrollierter Selbstregulierung .....	10
3. Selbstveranlagung als Ausdruck einer Kooperationsmaxime .....	12
4. Der Untersuchungsgrundsatz als Prinzip behördlicher Letztverantwortung .....	13
5. Ausgestaltung des strukturellen Verifikationsprinzips im Selbstveranlagungsverfahren .....	16
6. Gefahr der Ausweitung der steuerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit zu Lasten des Steuerpflichtigen .....	18
7. Finanzbehördliche Auskunftspflicht als kompensatorische Bedingung für einen selbstregulierenden Steuervollzug .....	21
8. Selbstveranlagung als Mittel und Anlass zur Verfahrensbeschleunigung .....	22
9. Selbstveranlagung als Anlass zur Entpönlisierung des Steuerrechts .....	24
10. Zusammenfassende Thesen .....	26
II. Einführungsreferate .....	29
1. Einführungsreferat von Ministerialdirektor Michael Sell .....	29
2. Einführungsreferat von Dr. Hartmut Schwab .....	33
3. Einführungsreferat von Prof. Dr. Heribert M. Anzinger .....	35
III. Podiumsdiskussion .....	45
IV. Diskussion Auditorium .....	53

V. Anlagen .....	73
Anlage 1: DER SPIEGEL, Heft 13/1962: Gehirn ist Kapital .....	74
Anlage 2: Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 30. Oktober 2014 (Auszug).....	77
Anlage 3: Thesenpapier der BStBK zur Selbstveranlagung .....	119
Anlage 4: Positionspapier der BStBK – Überlegungen zum Übergang auf die Selbstveranlagung.....	121
Anlage 5: Lebensläufe .....	139
Anlage 6: Diskussionsteilnehmer .....	148

LESEPROBE